

Norddeutsche Arbeiterstimme

Nummer 11

Dezember 1954

5 Pfennig

Betriebliche Sozialleistungen oder tarifliche Verankerung?

Seit vielen Monaten wurde der Betriebsrat aufgefordert, zur **Fahrgeldrückerstattung** und ihrer Abgeltung Stellung zu nehmen. Die Leitung der Hüttenwerk Salzgitter AG vertrat den Standpunkt, daß aufgrund der besonderen Belastungen und der mehr oder weniger Einmaligkeit die Fahrgeldrückerstattung nicht mehr geleistet werden könnte. Der Betriebsrat wies in diesen Besprechungen andererseits immer wieder

1. auf das Gewohnheitsrecht und die seit langem gewährte Fahrtkostenrückerstattung hin,
2. daß diese Fahrtkosten ein Bestandteil des Einkommens von Lohnempfängern und Angestellten geworden sind und eine Abgeltung oder gar Aufhebung nicht infrage kommen könne.

Somit bestanden zwei Auffassungen, einmal die der Werksleitung auf Fahrtkostenaufhebung und andererseits die des Betriebsrats, die Fahrtkosten der Belegschaft zu erhalten.

Die außergewöhnlichen Verkehrsbedingungen, auf die wir in unserer ARPO und ARSTI wiederholt hingewiesen haben, haben viele Belegschaftsmitglieder veranlaßt, ihre Fahrtbedingungen von sich aus selbst zu regeln, indem über 1000 Belegschaftsmitglieder mit dem Fahrrad, Moped usw. ihren Weg zur Arbeit nehmen. Dadurch senkte sich der Betrag für die Fahrtkostenrückerstattung ständig. Es gab Abteilungen, die bis zu 40 Prozent ihrer Fahrkarten nicht mehr benutzen.

Durch den ständigen Wohnungsbau, der seinen Schwerpunkt in Steterburg und Lebenstedt (Abschnitte 5 und 6) hat, veränderte sich die Wohnstruktur unserer Belegschaft dahingehend, daß die Streuung der Belegschaft auf eine Vielzahl von Orten mehr und mehr zurückgeht. Der Betriebsrat wurde so in die Lage versetzt, von zwei Seiten ins Gedränge zu kommen, einmal von der Werksleitung mit ihrer Forderung nach Aufhebung der Fahrtkostenrückerstattung und zum andern durch den mangelhaft funktionierenden Berufsverkehr, der die Belegschaft veranlaßte, auf ihn weitgehend zu verzichten. Dies bedeutet, daß die Fahrtkostenrückerstattung auf die Dauer nicht aufrechtzuerhalten wäre. Es ist sowohl für die Belegschaft wie für den Betriebsrat selbstverständlich, daß eine Einsparung dieses Betrages nicht infrage kommen konnte. Daher erhob der Betriebsrat die Forderung, den gesamten Betrag für die gesamte Belegschaft tarifvertraglich zu sichern.

Durch die Verabschiedung des Kindergeldgesetzes im Bundestag, das vom dritten Kind ab gewährt wird, trat auch in dieser Frage für die Belegschaftsmitglieder mit Kindern eine Änderung ein. Jetzt schon werden dadurch 13 000 DM von der gezahlten Summe nicht mehr für die Belegschaftsmitglieder ausgeworfen, so daß auch in dieser Frage zu überlegen war, ob man dieses Kindergeld nicht tarifvertraglich festlegen sollte.

Seit längerem gehen von seiten der Konzernleitung Bestrebungen dahin, eine generelle Regelung der **Weihnachtszuwendungen** zu erzielen. Innerhalb der Konzerngesellschaften gab es bis dato keine einheitliche Regelung der Weihnachtsvergütungen. Im Hüttenwerk wurden auf Initiative des Betriebsrats in den letzten zwei Jahren 108 Stunden als Weihnachtsvergütung gezahlt. Neuere Vorschläge zielen darauf ab, nur einen Wochenlohn als Weihnachtszuwendung tarifvertraglich zu garantieren, die 2., 3. und 4. Woche aber an den betrieblichen „Geschäftserfolg“ zu binden. Der Betriebsrat des Hüttenwerks wendet sich gegen jede Generalisierung innerhalb des Konzerns, da eine einheitliche Regelung aus den verschiedensten betriebswirtschaftlichen — tarifvertraglichen — und Arbeitsbedingungen nicht möglich ist. Auch hier war der Betriebsrat der Ueberzeugung, es sei nötig zu versuchen, eine tarifvertragliche Regelung für die Belegschaftsmitglieder des Hüttenwerks einzugehen, so daß zusammenfassend gesagt werden kann, daß seitens des Betriebsrats versucht werden mußte, das Fahr- und Kindergeld sowie die Weihnachtszuwendung tariflich zu verankern.

In einer **außerordentlichen Vertrauensmänner-Konferenz** wurde der Betriebsrat mit überwältigender Mehrheit (von insgesamt 220 Vertrauensleuten waren 9 Gegenstimmen bei einer Stimmenthaltung zu verzeichnen) beauftragt, auf dieser Grundlage zu verhandeln und, wenn möglich, eine vertragliche Regelung abzuschließen. Der geschäftsführende Ausschuß des Betriebsrats hat diese für die gesamte Belegschaft grundsätzliche Aenderung und Regelung nach längeren Verhandlungen abgeschlossen, so daß diese — wie in der Uberschrift schon erwähnt — sogenannten betrieblichen Sozialaufwendungen jetzt zum Bestandteil eines Tarifvertrages geworden sind und damit ein fester Bestandteil von Lohn und Gehalt.

Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß gerade im letzten Jahre die Unternehmer immer wieder darauf hinwiesen, wie groß ihre sozialen betrieblichen Leistungen seien und daß sie in der Tat ein wirksamer Hebel unternehmerischer Betriebspolitik waren, der gegen die gewerkschaftliche Einheit und Schlagkraft der Belegschaften ausgespielt worden ist. Es ist daher begrüßenswert, daß es in der Hütte gelungen ist, die Gewerkschaftsforderung nach Einbau der betrieblichen Sozialzuwendungen in den Tarif durchzudrücken.

Wenn nun in der Belegschaft, insbesondere bei den Angestellten in der Hauptverwaltung, hervorgehoben wird, daß einem Teil der Belegschaftsmitglieder durch diese Regelung Nachteile entstanden sind, so stimmt das außer Zweifel. Ebenso wahr ist aber, daß die Mehrheit der Belegschaft nicht nur eine tarifvertraglich verankerte Regelung gefunden hat, sondern daß darüber hinaus die Gesamtsumme dieses Postens sich zugunsten der Belegschaft auch noch verändert hat. In den Belegschaftsversammlungen hat sich die Mehrheit der Kollegen hinter

die Auffassung des Betriebsrats und der Vertrauensmännerkonferenz gestellt. Nur die Werksangehörigen ohne gewerkschaftliche Tradition und Erfahrung oder aber jene, die ihre persönlichen Interessen über die der Gesamtheit setzen, können sich gegen solche eine Regelung wenden. Aber in diesem Falle gilt der alte Grundsatz, daß nicht der einzelne, sondern die Gesamtinteressen der Belegschaft wahrzunehmen sind.

Warum so geheimnisvoll?

In der letzten Stadtratssitzung gingen die fälligen Wahlen über die Bühne. Scheinbar war man sich bereits vorher einig. Programmgemäß wurde Herr Kießling von der CDU wieder zum Oberbürgermeister gewählt. Nehrlich und Schneider von der SPD wurden 1. und 2. stellvertretender Bürgermeister.

Der Oberstadtdirektor wurde in einer „vertraulichen Sitzung“ gewählt. Warum nicht öffentlich? Ist doch der Oberstadtdirektor der wirkliche Macher der Kommunalpolitik, während die anderen drei mehr oder weniger nur repräsentative Figuren sind. Herr Baldauf, so heißt der neue Oberstadtdirektor, scheint „parteilich nicht gebunden“ zu sein. Das ist also das Ei des Kolumbus, welches man im Kuhhandel zwischen CDU und SPD

als Ersatz für den etwas ramponierten Pöschel gefunden hat. Soll das sozialdemokratische Arbeiterpolitik sein?

Was unsere SPD-Ratsherren für famose Demokraten sind, zeigte sich auch deutlich bei der Behandlung einer Veränderungsvorlage zur Geschäftsordnung. Danach sollen entgegen der bisherigen Regelung die Anfragen in Stadtangelegenheiten nicht mehr in öffentlicher Sitzung an den Oberstadtdirektor, sondern schriftlich an den Ausschußvorsitzenden gerichtet werden, der sie auch schriftlich beantwortet. Auch die SPD unterstützte diesen Antrag! Ihr Sprecher, Hoffmann, verstieg sich in tief-sinniger Begründung zu der Behauptung, daß ihre Zustimmung nicht bedeuten solle, den Vertretern einen Maulkorb umzuhängen, sondern daß es gelte zu verhindern, Reden „zum Fenster hinaus“ zu halten.

Mag sein, daß man der Wichtigkeit des BHE und seinen Propagandareden entgegenwirken will. Trotzdem ist das der falsche und dümmste Weg. Es ist viel wirkungsvoller und einer Arbeiterpartei dienlicher, die Demagogie in einer öffentlichen Sitzung anzuprangern, als gemeinsam mit einer bürgerlichen Partei der anderen bürgerlichen Konkurrenzpartei einen Maulkorb umzuhängen, wodurch nicht die SPD bei den Arbeitern gewinnt sondern der BHE.

Salzgitter-Gießerei

Rote Zahlen - grünes Licht

Bis vor Jahresfrist erschien in jedem Geschäftsbericht des Vorstandes der Hüttenwerke die Gießerei als Sorgenkind, weil in der Bilanz rote Zahlen zwischen 60 000 und 90 000 DM erschienen.

Wollte man die Entwicklungsgeschichte der Gießerei bildlich ausdrücken, um die Ursachen der roten Zahlen zu untersuchen, könnte man folgende Darstellung wählen. Man könnte die Gießerei mit einem Kind vergleichen, dem man einen vielzu großen Frack verpaßt hat, um auf dem Parkett der Erhardschen „freien Marktwirtschaft“ eine Rolle zu spielen. Wie alle Vergleiche hinkt natürlich auch dieser. Wir wollen deshalb einige Tatsachen aufzählen, die diesen Vergleich zumindestens nicht abwegig erscheinen lassen.

Beim Aufbau der Hütte war die Gießerei nur für den Eigenbedarf mit einer monatlichen Kapazität von 4 bis 6 000 Tonnen Guß, in der Hauptsache Kokillen, gedacht. Nach 1945 wurde auf Anweisung der Besatzungsmächte die Inneneinrichtung restlos demontiert. In Verbindung damit wurde der größte Teil der Belegschaft entlassen. Der Rest begann mit dem damaligen Betriebsleiter Müting den Wiederaufbau und nahm die Produktion in kleinem Umfang wieder auf. Durch die ansteigende Konjunktur 1951 erhöhte sich auch der Auftragsstand der Gießerei und die Belegschaft ist bis auf 500 Mann angestiegen. Nicht nur die Inneneinrichtung war primitiv, es fehlte auch an Fachleuten, die man mit allerhand Versprechungen herbei geholt hat. Vor allem fehlten Hebewerkzeuge und Formkästen. Unter diesen Bedingungen haben die Kollegen ihr möglichstes getan, um die Gießerei wieder flott zu machen. Gleichzeitig entwickelten die Kollegen eine Solidarität, die im Stande war, sich jeder lohndrückenden Maßnahme mit Erfolg zu erwehren.

Trotz aller Anstrengung und guten Willens war der Produktionsausstoß im Verhältnis zur geplanten Kapazität (von 6 000 Tonnen monatlich) viel zu gering, um keine roten Zahlen aufkommen zu lassen. Mit dem Eintreten der Flaute in den Gießereien anfangs 1953 ging auch der Auftragsbestand der Gießerei Heerte zurück, wodurch die roten Zahlen noch größer werden mußten. Für diese Entwicklung machte man den Betriebsleiter verantwortlich. Er wurde samt dem Obermeister das erste Opfer bei dem Versuch des Vorstandes, diese Entwicklung aufzuhalten und nach Möglichkeit umzukehren.

Am 1. Januar 1953 wurde ein neuer Betriebsleiter eingesetzt, dem zwar reichliche Vorschußlohnbesen als einem „Experten“ gespendet wurden, der aber nach 6 Monaten schon wieder die Platte putzte, weil er die ihm gestellte Aufgabe nicht lösen konnte. Die einzige Spur, die er hinterließ, war der Beginn der Lohndrückerei, Entlassungen und Umbesetzungen.

Die am 1. Januar 1954 eingesetzte neue Leitung brauchte nur in diesem Gleise weiter zu fahren. Die Gießerei wurde dem Leiter des Stahlwerkes unterstellt, der seinerseits Herrn Meier-Cortes die Leitung übertrug. Dieser junge Mann war zwar kein Gießereifachmann, kann aber scheinbar gut rechnen. Leider nicht für die Kollegen. Diesen gegenüber legt er nur ein betont freundliches und väterliches Wohlwollen an den Tag. Dagegen ist zwar nichts einzuwenden, aber damit sind die Forderungen der Belegschaft nicht zu befriedigen. Wir wollen Herrn Meier-Cortes nur eins ins Gedächtnis rufen.

Ende 1953 wurde den Zeitlohnarbeitern und den Angestellten mit dem Hinweis auf die roten Zahlen der betrieblich vereinbarte Leistungslohnanteil um ein Drittel gekürzt. Nach dem letzten Geschäftsbericht erschienen bei der Gießerei nicht nur keine rote Zahlen mehr, sondern es wurde von einem Uberschuß von 30 000 DM gesprochen. An diesem Ergebnis sind doch die Kollegen sicher nicht unbeteiligt und es ist wohl nicht unbillig, wenn sie das verlorene Drittel wieder verlangen.

Nun noch einige Worte über das Zustandekommen des „Gießereiwunders“ — von 90 000 DM Minus auf 30 000 DM Uberschuß. Dieses Ergebnis ist weniger einer Verbesserung der Technik und Organisation des Betriebes als vielmehr einer gesteigerten Ausbeutung der Arbeitskraft geschuldet. Im bürgerlichen Jargon bezeichnet man das auch mit „Produktivitätssteigerung“. Zum Beweis einige Zahlen. Im Jahre 1952 betrug die monatliche Produktion bei einer Belegschaft von 500 Mann durchschnittlich 800 bis 1 000 Tonnen. Nach Reduzierung der Belegschaft auf rund 200 Mann wurde diese Produktionsziffer im allgemeinen gehalten. Inzwischen ist die monatliche Produktion auf 2 000 Tonnen gestiegen, während die Belegschaftszahl nur auf 200 stieg. Das heißt, einer 100prozentigen Produktionssteigerung steht nur eine Belegschaftssteigerung von 45 Prozent gegenüber.

Diese Leistungssteigerung drückte sich jedoch nicht in der Lohntüte des Kumpels aus. Während bei den Zeitlohnarbeitern der Lohn unverändert blieb, zeigten die Löhne der Former sogar eine sinkende Tendenz! Insbesondere bei den Großstückformern. Bei der Zeitvorgabe operierte man gerne und ausgiebig mit den Preisen der Konkurrenz. Über die technischen und organisatorischen Voraussetzungen der Konkurrenz hüllte man sich in Stillschweigen.

Sehr schlimm sieht es bei den Kollegen der Kokillenförmerei aus, die ja in der Hauptsache an der Steigerung der Tonnage beteiligt sind. Diese Kollegen müssen, um in etwa auf ihr Geld zu kommen, in einem Tempo arbeiten, das den unrühmlich bekannten Hennecke aus der

... vor Neid erblassen ließe. Am Ende des Monats ein Wettrennen um die Minuten.

Ueberstundenschieben hat zwar etwas nachgelassen, ist aber immer noch beträchtlich. Mit dem Hin- und Herwinken der Terminschwierigkeiten gelingt es der Betriebsleitung immer wieder, die Kollegen zu Ueberarbeit zu zwingen. Hier trifft aber auch die Kollegen einige Vorteile. Wenn sie, wie kürzlich in der Putzerei, die Sonn- und Feiertage ablehnen, dürfen sie sich beim Erscheinen des Vorgesetzten mit dem Notizbuch, nicht entgegen ihrem eigenen Willen, bereit erklären zu arbeiten.

Wir möchten schließen mit dem Hinweis, daß es für die Kollegen der Gießerei sehr nützlich wäre, sich auf die frühere Solidarität zu besinnen und beim Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen so frühzeitig zu handeln. Nur so ist es möglich, daß der

Weg von den roten Zahlen zum grünen Licht des Ueber- schusses nicht ausschließlich über ihren Buckel geht und „Freie Fahrt“ für verschärfte Ausbeutung bedeutet.

Draußen am Ofen müssen die Kollegen unter den schwierigsten Umständen ihre Arbeit verrichten und sind dauernd der Witterung ausgesetzt. Durch das viele Transportieren von Arbeitsgeräten (Kübeln und dergleichen) ist der Fußbodenbelag schwer ramponiert, so daß das Wasser sich immer bei Schlechtwetter in Pfützen ansammelt. Gemeldet wurde es der Werksleitung schon vor einem halben Jahr. Herr Schumacher von der Direktion hat es sich in diesem Sommer schon angesehen, aber dabei ist es auch geblieben, — bis auf die Eisenplatten, welche als Fußbodenbelag dienen sollen, aber sich leider in einer geruhssamen Ecke verbeulen.“

Hamburg

Das Wohnungsbau- und Mietendilemma

In der letzten Bürgerschaftssitzung vom 18. November wurde wieder einmal das Wohnungsbau Thema auf der Tagesordnung. Anlaß gab die „Denkschrift des Senats über Städtebau und Wohnungsbau“.

Der Bürgerblock versucht die Lösung der Wohnungs- frage kapitalistisch, d. h. nach den Profitinteressen der Haus- und Grundbesitzer. Die SPD konnte zur Zeit ihrer Schwachmehrsheit diese Frage auch nur unter kapitalisti- schen Bedingungen anpacken, sie nahm nur den Weg über einen geringen Zins von 0% bis 1/2% für die öffentlichen Darlehen. Um dieses Darlehen geht es.

Zur Städteplanung begnügt sich die Denkschrift mit allgemeinen Redensarten wie Planlosigkeit und Kurz- sichtigkeit führen zu unübersehbaren Folgen und Wohn- mangel; Eigentum verpflichtet u. s. w. Nicht mehr als drei Seiten wurden der Städteplanung gewidmet. Aber zehn Seiten sind da, um nachzuweisen, daß die Arbeiter und Angestellten mehr Miete zahlen könnten. Man schlägt Kapriolen, addiert, multipliziert und herauskommt, „daß allgemein eine Miete bis zu 15 v. H. des Bruttoeinkom- mens noch tragbar und als zumutbar zu bezeichnen ist.“ Früher hätte man auch höhere Mieten bezahlt. In ande- ren Bundesländern würden bereits seit langem höhere Mieten bezahlt. Für Härtefälle wäre man bereit, Miet- mäßig zu gewähren.

Der Senat hält den Zeitpunkt für gekommen, „die Richtsatzmiete durch ein elastisches System der durch die Art und Weise der Finanzierung bestimmten Kosten- miete abzulösen“. Dies würde einmal die Miete in die Höhe treiben und auf der anderen Seite die Mietskaser- nen wieder aufkommen lassen. Wie hieß es doch am An- fang der Denkschrift? „Planlosigkeit führt zu . . . u. s. w.“ Und die Arbeiter sollen obendrein die Kosten dieses Spießes zahlen.

Für den Bürgersrat „gilt es, die Interventionen der öffentlichen Hand zu beschränken. Das öffentliche Geld soll nur dem gegeben werden, der am wenigsten von die- sem benötigt.“ Den bisherigen Zuschuß von 8 500 bis 9 000 DM je Wohnungseinheit will man vorerst einmal um ein Drittel kürzen. Durch diese Maßnahme wird das fertige Baukapital und damit die Zinslast vergrößert, die Folge sind weitere Mieterhöhungen. Dem Kapitalisten aber sollen für seine, dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellten Darlehen Sicherheiten gegeben werden, näm- lich Bürgschaften des Staates! Weiter will man gewisse „Annuitätsdarlehen“ gewähren, d. h. der Hausbesitzer kann sich vom Staat Darlehen geben lassen, wenn er an- fangs die Zins- und Rückzahlungen nicht leisten kann. Auch diese Annuitätsdarlehen sind ein Anlaß für Miet- erhöhungen.

Der Wohnungsbestand belief sich im September 1954 auf 430 917 Wohnungen bei einem Einwohnerstand von 1 741 000 Personen. Im Jahre 1933 lebten in Hamburg bei 1 700 000 Personen in 552 484 Wohnungen. Bei einer Zunahme von 41 000 Personen vergrößerten Einwohnerzahl fehlten immer noch rd. 121 500 Wohnungen, um nur den Stand von 1933 zu erhalten. Das zeigt, daß der weitaus größte Teil der Arbeiter und Angestellten in kleineren und engeren Wohnungen lebt, wodurch bereits eine höhere Miete herausgeschlagen wird.

Nach dem Kriege wurden in Hamburg rd. 49 000 Not- wohnungen errichtet, den größten Teil von diesen bilden die Behelfsheime und Wohnlauben unter 30 qm. Nach der Senatsvorlage fehlen 220 000 Wohnungen. Nimmt man an, daß auch in den kommenden Jahren jeweils 24 000 Wohnungen im Jahr gebaut würden, dann würde immer noch ein Zeitraum von 9 bis 11 Jahren benötigt, um den jetzigen Bedarf zu decken. Rechnen wir ruhig 100 000 Wohnungen hinzu, um dem voraussichtlichen Bedarf etwas näher zu kommen.

Von den fertig gestellten Wohnungen wurden:

1951	27 080	Wohnungen gebaut, davon 63,2% mit öffentlichen Mitteln
1952	23 847	Wohnungen gebaut, davon 64,9% mit öffentlichen Mitteln
1953	23 916	Wohnungen gebaut, davon 62,3% mit öffentlichen Mitteln

50% aller Wohnungen wurden von gemeinnützigen Unternehmen gebaut. Beamte, Angestellte und Arbeiter konnten sich 1953 gerade 869 Wohnungen bauen. Dies beweist aber auch, daß der Wohnungsbau ohne öffentliche Mittel und gemeinnützige Unternehmungen nicht auskommt. Jeder Angriff auf diese ist gleichzeitig ein Angriff auf die Mieten und eine Verlangsamung des Bau- tempes.

Für den Vertreter des Haus- und Grundstückeigen- tümervers, Dr. Sielck, CDU, ist das Problem ein- fach gelöst.

„Daß 85% der Wohnungssuchenden eine Wohnung nach der Richtsatzmiete wünschen, basiert auf Lohn- erhöhungen aus dem Jahre 1951. . . . Inzwischen sind aber Lohn erhöhungen von 20 bis 25% eingetreten. Durch mitverdienende Familienmitglieder verringert sich dieser Satz weiterhin. Hinzukommt ein stärkerer Anfall von Altbauwohnungen, der armen Wohnungs- suchenden zur Verfügung stehen kann.“

Senator Büll, FDP: „Der gegen uns erhobene Vor- wurf der sozialen Rückständigkeit ist leeres Gerede.“

Statt diesen Plänen den Kampf anzusagen, nur Ge- jammer auf Seiten der SPD. Statt Aufklärung zur Vor- bereitung der Abwehr, stellte die SPD einen Antrag, 75% der mit öffentlichen Mitteln finanzierten Wohn- ungen zu Richtsatzmieten von 1,15 DM je qm zu vermieten. Was an und für sich richtig ist, aber nicht genügt. Der schöne Antrag wurde natürlich von Seiten der Bourgeoisie abgelehnt. Der Antrag des Bürgerblocks nach einem Gesetz zwecks Uebernahme von Bürgschaften und An- nuitätszahlungen wird aber trotzdem einstimmig von der Bürgerschaft angenommen! Damit zeigte die SPD wieder- um, daß ihre Reden nicht ernst genommen werden brau- chen. Vor solchen „Taten“ braucht der Bürgersrat keine Angst haben.

Am 25. November demonstrierten etwa 250 bis 300 Per- sonen vor dem Rathaus, um gegen die Regelung des Weihnachtsgeldes für Arbeitslose zu protestieren. Das Weihnachtsgeld sollte erst nach Prüfung der Sozialbe- hörde, statt wie in den vorherigen Jahren durch das Ar-

beitsamt, ausgezahlt werden. Bürgermeister Dr. Sieveking empfing eine Abordnung des Landesarbeitslosen-ausschusses und sagte ihm eine Ueberprüfung zu.

Der Senat sah sich zu diesem Vorgehen veranlaßt, weil die Regelung durch die Sozialbehörde unter den Arbeitslosen Empörung hervorgerufen hatte. Denn außer diesen 300 Menschen könnten ja auch andere auf die Idee kommen, durch Demonstrationen ihre Rechte geltend zu machen. Die SPD kommentierte sehr eigenartig dieses Geschehen durch ihren 2. Vorsitzenden:

„Das ist eine Kapitulation vor der Straße, die herrliche Aussichten eröffnet. Nachdem die Einwände der Opposition ... gegen die Regelung ... in den Wind geschlagen wurden, genügen einige kommunistische Demonstrationen, um den Senat zu einer Revision der Beschlüsse seiner eigenen Fraktion zu bewegen.“

Dachte der Senat vielleicht an den letzten Streik?

Wir warten immer noch auf die von Nevermann, SPD, vor Monaten angekündigten öffentlichen Aktionen gegen die Erhöhung der Mieten. Monate sind tatenlos vergangen, die Bourgeoisie hat in dieser Zeit Vorbereitungen getroffen für die Erhöhung der Mieten. Es wird Zeit, daß die Arbeiter und Angestellten sich rühren. Denn die Bourgeoisie hat nur eine Methode, die Wohnungsfrage zu lösen, das heißt sie so zu lösen, daß die Lösung die Frage immer wieder von neuem erzeugt, wie schon Friedrich Engels 1887 bewiesen hat.

Salzgitter-FAMAS

Wohin führt der Weg?

Der von uns in der letzten Nummer der ARSTI geschilderte Angriff der Geschäftsführung auf das bisher gezahlte Fahrgeld ist auch bei anderen größeren Betrieben im Salzgitter-Gebiet erfolgt. Im Hüttenwerk hat diese Frage bereits ihre Erledigung gefunden. Durch diese Regelung, über die an anderer Stelle dieser Ausgabe zu lesen ist, ist ein begrüßenswerter Zustand geschaffen worden, der die Belegschaft als einheitliches Ganzes berücksichtigt.

Da der Betriebsrat der FAMAS in weiser Voraussicht beschlossen hat, sich dem Vorgehen der Hütte anzuschließen, so wollen wir hoffen, daß auch hier das gleiche Ergebnis erzielt wird, damit der bisher gezahlte Betrag in gleicher Höhe der gesamten Belegschaft erhalten bleibt und zugute kommt. Ist das erreicht, wird die Belegschaft auch die Kraft finden, diese Mittel bei einem etwaigen neuen Angriff mit Nachdruck zu verteidigen.

Durch die inzwischen erfolgten Kündigungen unter den Angestellten (wo man nur teilweise die „Richtigen“ erfaßt hat) und weitere „einsparende“ Maßnahmen auf dem sozialen Sektor, ist die schon sehr bedenkliche Stimmung weiter zum Brodeln gebracht worden. Nur die Tatsache, daß man sich kampfflos bereit erklärte, die Weihnachtsgatifikation zu zahlen, hat nach außen hin beruhigend gewirkt.

Aber wie es wirklich aussieht, entgeht dem aufmerksamen Beobachter nicht. Nach dem Auszahlen des Weihnachtsgeldes wird eine Situation entstehen, die der Geschäftsführung noch zu schaffen machen wird. Hat sie doch die bestehende Arbeitsordnung zum 30. Dezember aufgekündigt und dabei gleichzeitig einen neuen Entwurf vorgelegt, in dem fast alle bisherigen Sondervergünstigungen nicht mehr enthalten sind! So z. B. die Fortzahlung des Lohnes für 3 Tage bei erlittenem Betriebsunfall mit Arbeitsunfähigkeit, Verkürzung der bestehenden Kündigungsfristen u. a. m. Wenn man auch von Seiten der Werksleitung dem Betriebsrat mitgeteilt hat, daß man über alle diese strittigen Punkte der Arbeitsordnung zu näheren Verhandlungen bereit sei, so sind fast alle Belegschaftsmitglieder sehr skeptisch gegenüber dieser Verhandlungsbereitschaft.

Laienheiler würden ausgebildet, um dadurch in Zukunft die Sanis auf ein Mindestmaß von vielleicht je ein Mann pro Schicht für den ganzen Betrieb zu begrenzen.

Weiter wurde in Vorschlag gebracht und die Durchführung ernstlich in Erwägung gezogen, die 5-Tage-Woche mit einer täglichen Stundenleistung von 9 1/2 Stunden einzuführen. Da die Mehrzahl der Beschäftigten jetzt schon täglich 11 Stunden unterwegs ist, um 8 1/2 Stunden zu arbeiten, wird dann diese Zeit über 12 Stunden be-

tragen. Daß dieser Vorschlag nicht erfolgte, um den Kollegen endlich den freien Sonnabend zu gewähren, darüber ist sich die Belegschaft wohl im Klaren.

Da spielen andere Gründe eine Rolle. Stand doch kürzlich in der örtlichen Presse eine Notiz, wonach der Arbeitsamtsdirektor, Herr Dr. Michaelis, davor warnte, „nach dem Salzgittergebiet noch weitere leichte Ausgleichsindustrien heranzuziehen, da, über kurz oder lang, selbst die Frauen in die Großbetriebe eingesetzt werden müßten, um den aufkommenden Arbeitermangel zu begegnen.“ Wenn man dann die Arbeiter an tägliche 9 1/2 Stunden Arbeitszeit „gewöhnt“ hat, wird es ein leichtes sein, sie auch noch am Sonnabend heranzuziehen und damit die 48-Stunden-Woche in aller Stille zu beendigen. Soetwas ähnliches hat man doch schon einmal erlebt!

Jetzt schon werden von mindestens 200 Kollegen an freien Sonabendnachmittagen und sogar sonntags Ueberstunden gefordert und geleistet.

Zieht man dies alles in Betracht, muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß dieser Vorschlag nicht um unserer lieben Augen willen geschieht. Deshalb Kollegen, seid wachsam! 5-Tage-Woche ja, aber bei vollem Lohnausgleich und 40stündiger Arbeitszeit!

Kollegen, diskutiert über diese Fragen! Sie gehen auch alle an! Nicht durch mehr Stunden schieben wollen wir unser Geld verdienen! Wir sind auch Menschen und wollen teilhaben an den Kulturgütern, die durch uns geschaffen werden! Unseren Betriebsräten müssen wir sagen, daß es in dieser Angelegenheit keine Verschlechterung geben darf!

Salzgitter - Steterburg:

Frohe Weihnachten - ohne Geld

Soeben wird uns bekannt, daß die Firma O d e r m a r k in Salzgitter-Steterburg einen kräftigen Bruder bekommen hat. Es ist die Perückenfabrik K. H. Burek in Salzgitter-Steterburg. Abgesehen von der schlechten und untertariflichen Bezahlung der dort arbeitenden Frauen und Mädchen — es sind Stundenlöhne von 60 bis 80 Pfennig üblich — hat es die Firma fertig gebracht, Lohnschulden von ca. 1000 DM auflaufen zu lassen. Die Summe hat sogar noch gereicht, ein neues Geschäft (Spielwaren) zu errichten.

Die Lohnforderungen bestehen zum Teil schon seit einem halben Jahr und ihre Begleichung wird mit tröstenden Worten von Tag zu Tag hinausgeschoben. Bei persönlichen Vorgesprächen der Entlassenen heißt es laufend: Heut' hab' ich kein Geld, kommt' doch mal die nächsten Tage wieder.

Leider finden sich immer noch genügend Arbeitskräfte, denen die Lage der Firma bekannt ist, und die trotzdem dort ihre Löhne investieren. Allerdings tragen nicht nur die Arbeiterinnen allein die Schuld, sondern das Fehlen jeglicher Ausgleichsindustrie in unserem Gebiet, deren Ansiedlung schon oft von Bund, Land und Stadt versprochen, aber bisher noch nicht verwirklicht worden ist, ist mit eine Ursache, daß die Firma noch immer Dumme findet. Auch hat sich aus Unkenntnis oder Gleichgültigkeit noch keine Körperschaft gefunden, die sich um das Wohl der Arbeiterinnen in diesem Betrieb gekümmert hätte. Oder sieht man diese Zustände gern und möchte sie gar noch fördern?

Für die Geschädigten bleibt die Frage offen: Werden die Kaufleute im Ort Kredite für Weihnachtseinkäufe in Anbetracht der rechtlichen Forderungen einräumen? Wir glauben nicht, denn sie kennen wahrscheinlich selbst die Lage. Bleibt nur noch, den Steterburger Kolleginnen und Kollegen zuzurufen: Augen auf bei solchen Firmen! Ihr seid nur die Dummen!

Arbeiten bis zum Unfall

„Das Verhältnis von Arbeitszeit und Freizeit hat sich in den letzten Jahren immer stärker zuungunsten der Freizeit verschoben. Wie aus mehreren voneinander unabhängigen Untersuchungen hervorgeht, ist unser Arbeitstag in allen Berufszweigen seit mehreren Jahren immer länger geworden. Durchschnittlich beträgt der Arbeitstag der Berufstätigen in Westdeutschland 11 Stunden und 5 Minuten.“ („Die Welt“, 8. November 1954)